Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 14 / 4027**

14. Wahlperiode **12. 02. 2009**

Antrag

der Fraktion GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Ganztagsschulen in Baden-Württemberg – vom Schulversuch zur Regelschule

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie viele Ganztagsschulen es in Baden-Württemberg im Schuljahr 2008/2009 nach der KMK-Definition gibt und wie viele davon nach Landeskonzept genehmigt wurden, aufgeschlüsselt nach Schularten, Schulen mit besonderer sozialer und pädagogischer Aufgabenstellung, offenen oder gebundenen (teilgebundenen) Ganztagskonzepten, nach öffentlicher und privater Trägerschaft sowie nach Regierungspräsidien;

2. wie viele Schülerinnen und Schüler absolut und prozentual im Schuljahr 2008/2009 die Ganztagsschulen besuchten, aufgeschlüsselt wie in Ziffer 1;

3. inwieweit es zutrifft, dass nur die Ganztagsschulen, die nach Landeskonzept sowie in öffentlicher Trägerschaft genehmigt sind, zusätzliche Lehrerstunden erhalten und wie diese Beschränkung begründet wird;

4. wie viele Lehrerdeputate für die Ganztagsschulen (zusätzliche Lehrerstunden nach Landeskonzept) im Schuljahr 2008/2009 eingesetzt sind, aufgeschlüsselt wie in Ziffer 1;

5. inwieweit die in den letzten Monaten erfolgte Zusage, dass alle Gymnasien und Hauptschulen, die ein pädagogisches Konzept vorlegen, auf Antrag des Schulträgers die Genehmigung zur Einrichtung einer Ganztagsschule erhalten, auch für Realschulen, Förderschulen und Grundschulen gilt;

Eingegangen: 12. 02. 2009 / Ausgegeben: 10. 03. 2009

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

6. inwieweit sie beabsichtigt, auch an beruflichen Vollzeitschulen, an denen ein Bedarf besteht, die Einrichtung von Ganztagsschulen mit zusätzlichen Lehrerstellen zu genehmigen;

7. inwieweit sie beabsichtigt, die Einrichtung von gebundenen Ganztagsschulen auch an Gymnasien und Realschulen zuzulassen und dabei die Anzahl der Lehrerstunden pro Ganztagszug zu erhöhen;

8. welchen weiteren Erkenntnisgewinn sie sich aus der Fortführung der Ganztagsschule als Schulversuch verspricht und welche Voraussetzungen aus ihrer Sicht noch erfüllt werden müssen, bis die Ganztagsschule in Baden-Württemberg in eine gesetzliche Regelform überführt wird;

II.

1. für alle allgemein bildenden Schularten bis einschließlich der Sekundarstufe I die Einrichtung von offenen oder gebundenen Ganztagsschulen zuzulassen;

2. die Anzahl der Lehrerstunden für die Ganztagsschulen pro Ganztagszug so zu erhöhen, dass für Förderung, Vertiefung und Erweiterung des Lernstoffs sowie für die Hausaufgabenunterstützung und für Selbstlernphasen genügend Lehrerstunden zur Verfügung stehen; dabei den Schulen die Möglichkeit einzuräumen, diese Stunden in Form eines Personalbudgets zu erhalten;

3. neben dem ehrenamtlichen Jugendbegleiterprogramm ein Lehrbeauftragtenbudget aufzulegen, aus dem die Ganztagsschulen kostendeckende Honorare für besondere Bildungsangebote finanzieren können;

4. Landeszuschüsse für Schulsozialarbeit zu gewähren, damit die Kommunen für die Einrichtung von Schulsozialarbeit an Ganztagsschulen aller Schularten wirkungsvoll entlastet werden;

5. gemeinsam mit den Kommunalen Landesverbänden die Modalitäten für die Verankerung der Ganztagsschulen im Schulgesetz zu vereinbaren und endlich den größten und längsten Schulversuch in der Bildungsgeschichte des Landes in ein verlässliches Regelangebot zu überführen.

11. 02. 2009

Kretschmann, Rastätter
und Fraktion

Begründung

Im Schuljahr 2008/09 ist die Anzahl der Ganztagsschulen in Baden-Württemberg von 837 auf 1.058 erhöht worden. Damit sind rund 25 % der allgemein bildenden öffentlichen und privaten Schulen in Baden-Württemberg bereits zu Ganztagsschulen ausgebaut. Sehr unterschiedlich ist allerdings der Ausbaustand an den verschiedenen Schularten. So liegt er an den Grundschulen immer noch unter 10 % und ist an den Sonderschulen mit fast 60 % am höchsten. Als Ziel strebt die Landesregierung an, dass bis zum Jahr 2015 rund 40 % der Schulen zu Ganztagsschulen ausgebaut werden sollen. Da außer einer begrenzten Anzahl von gebundenen Hauptschulen und Grundschulen alle

Ganztagsschulen als offene Ganztagsschule ausgestaltet werden müssen, liegt die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in Baden-Württemberg eine Ganztagsschule besuchen können, derzeit noch weit unter 25 %.

Die Kommunalen Landesverbände kritisieren seit Jahren die für die Kommunen sehr verwirrenden Formen der Ganztagsschule und der Betreuungsangebote sowie die unübersichtliche Landesförderung. Es gibt Altganztagsschulen im Sinne des Landes mit Bestandsschutz, Ganztagsschulen im Sinne des Landes an sogenannten Brennpunkten, Ganztagsschulen im Sinne des Landes in offener Form, Ganztagsschulen im Sinne des Bundes (KMK/IZBB) und Halbtagsschulen mit ergänzender Betreuung. Alle Formen werden unterschiedlich mit Landesmitteln gefördert, wobei die Förderung auch noch nach Schularten unterschiedlich ausgestaltet ist. So erhalten Gymnasien, die als offene Ganztagsschule genehmigt werden, nur eine einzige zusätzliche Lehrerstunde und Realschulen erhalten lediglich zwei zusätzliche Lehrerstunden pro Ganztagszug. Ein rhythmisiertes pädagogisches Konzept kann mit einer derart geringen Lehrerstundenzuweisung nicht ausgestaltet werden, denn ehrenamtliche Jugendbegleiter sind zwar eine wertvolle Ergänzung eines Ganztagskonzepts, können aber keine tragende Säule der Ganztagsschule sein.

Grundschulen und Hauptschulen, die als Schulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung (Brennpunktschulen) definiert sind, können als gebundene Ganztagsschule eingerichtet werden, alle anderen Schulen und Schularten dagegen nicht. Das führt dazu, dass trotz vorliegender Anträge der Kommunen keine gebundenen Ganztagsrealschulen oder gebundenen Ganztagsgymnasien genehmigt werden. Seit zwei Jahren wird deshalb ein Antrag der Stadt Karlsruhe auf Genehmigung einer gebundenen Ganztagsrealschule vom Kultusministerium abgelehnt.

Alle Ganztagsschulen in Baden-Württemberg sind immer noch Schulversuche nach § 22 des Schulgesetzes. Es handelt sich dabei um den größten und längsten Schulversuch in der gesamten Bildungsgeschichte des Landes Baden-Württemberg. Es bedarf längst keines wissenschaftlichen Beweises mehr, dass Ganztagsschulen mit einem guten pädagogischen Konzept die Entwicklung von Schülerinnen und Schülern positiv beeinflussen, ihre Schulleistungen verbessern, die Eltern von schulischer Nachhilfe entlasten und die notwendige Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten.

Gemeinsam mit den Kommunalen Landesverbänden fordert die Fraktion GRÜNE deshalb seit vielen Jahren, dass endlich die Ganztagsschule aus ihrem Schulversuchsstatus in eine im Schulgesetz verankerte Regelform überführt wird. Die gesetzliche Verankerung ist überfällig, um das Ganztagsschulkonzept des Landes zu vereinfachen, die Zuständigkeiten für die Ganztagsschule zu klären, und die Landesförderung für den pädagogischen Betrieb, aber auch für die baulichen Investitionen, verlässlich und transparent auszugestalten.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 3. März 2009 Nr. 24–6503.1/744 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie viele Ganztagsschulen es in Baden-Württemberg im Schuljahr 2008/2009 nach der KMK-Definition gibt und wie viele davon nach Landeskonzept genehmigt wurden, aufgeschlüsselt nach Schularten, Schulen mit besonderer sozialer und pädagogischer Aufgabenstellung, offenen oder gebundenen (teilgebundenen) Ganztagskonzepten, nach öffentlicher und privater Trägerschaft sowie nach Regierungspräsidien;

Für das Schuljahr 2008/09 liegen noch keine statistischen Auswertungen zu den Ganztagsschulen nach KMK-Definition vor. In der *Anlage 1* sind zum Stand des Schuljahres 2007/08 die Zahlen zu den Ganztagsschulen nach KMK-Definition sowie nach Landeskonzept bzw. nach Schulen mit besonderer sozialer und pädagogischer Aufgabenstellung differenziert nach Schularten, Trägerschaft und Regierungsbezirk dargestellt.

2. wie viele Schülerinnen und Schüler absolut und prozentual im Schuljahr 2008/2009 die Ganztagsschulen besuchten, aufgeschlüsselt wie in Ziffer 1;

In der *Anlage 2* sind zum Stand des Schuljahres 2007/08 die Schülerzahlen an Ganztagsschulen nach KMK-Definition sowie an Ganztagsschulen nach Landeskonzept, aufgeschlüsselt wie in Ziffer 1, dargestellt. Darüber hinaus ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Ganztagsschulen bezogen auf alle Schülerinnen und Schülen der jeweiligen Schulart angegeben.

3. inwieweit es zutrifft, dass nur die Ganztagsschulen, die nach Landeskonzept sowie in öffentlicher Trägerschaft genehmigt sind, zusätzliche Lehrerstunden erhalten und wie diese Beschränkung begründet wird;

Der Ministerrat hat am 20. Februar 2006 das Landesprogramm „Bedarfsorientierter Ausbau und Weiterentwicklung von Ganztagsschulen in Baden-Württemberg“ beschlossen. Danach können öffentliche allgemein bildende Schulen als Ganztagsschulen genehmigt werden und für die Ganztagsangebote eine zusätzliche Lehrerzuweisung erhalten.

Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung (Grund- und Hauptschulen) bieten einen Ganztagsbetrieb an mindestens vier Tagen mit täglich mindestens acht Zeitstunden. Grundschulen erhalten hierfür sechs Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse, Hauptschulen fünf Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse.

Ganztagsschulen in offener Angebotsform (Grundschulen und Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen) bieten einen Ganztagsbetrieb an mindestens vier Tagen mit täglich mindestens sieben Zeitstunden. Grundschulen erhalten hierfür vier Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse, Haupt- und Realschulen zwei Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse sowie Gymnasien und Förderschulen eine Lehrerwochenstunde je Ganztagsklasse.

4. wie viele Lehrerdeputate für die Ganztagsschulen (zusätzliche Lehrerstunden nach Landeskonzept) im Schuljahr 2008/2009 eingesetzt sind, aufgeschlüsselt wie in Ziffer 1;

In dieser Legislaturperiode werden alle rechnerisch aus dem Schülerrückgang frei werdenden Lehrerstellen für bildungspolitische Maßnahmen, u. a. für den Ausbau der Ganztagsschulen, eingesetzt. Im Schuljahr 2008/09 wurden diesbezüglich insgesamt 247 Deputate für den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsschulen in Baden-Württemberg verwendet. Die Verteilung dieser Ressourcen auf die Ganztagsschulen in offener Angebotsform und die Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung, aufgeschlüsselt nach Schularten, ist der *Anlage 3* zu entnehmen. In der Kürze der für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit war eine weitere Aufschlüsselung der Daten wie in Ziffer 1 nicht möglich.

5. inwieweit die in den letzten Monaten erfolgte Zusage, dass alle Gymnasien und Hauptschulen, die ein pädagogisches Konzept vorlegen, auf Antrag des Schulträgers die Genehmigung zur Einrichtung einer Ganztagsschule erhalten, auch für Realschulen, Förderschulen und Grundschulen gilt;

Im Zusammenhang mit der Qualitätsoffensive Gymnasium können auf Antrag des Schulträgers alle Gymnasien als Ganztagsschule nach Landeskonzept eingerichtet werden, wenn die räumlichen Voraussetzungen sowie die anderen Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen.

Im Rahmen der Qualitätsoffensive Bildung können künftig alle zwei- und mehrzügigen Werkrealschulen auf Antrag des Schulträgers und bei Vorliegen der Genehmigungsvoraussetzungen als Ganztagsschulen nach Landeskonzept eingerichtet werden.

Für Grundschulen und Realschulen gilt der vom Ministerrat am 20. Februar 2006 beschlossene Ausbau, nach dem rund 40 % der Schulen in diesen Schularten als Ganztagsschulen eingerichtet werden können.

Förderschulen haben die Möglichkeit eine Ganztagsschule nach Landeskonzept oder eine Ganztagsbetreuung im Rahmen des Programms „Ergänzende Angebote“ einzurichten. Das Programm „Ergänzende Angebote“ gibt es seit Anfang der 90er-Jahre. Es setzt zwingend auf die Mitwirkung von Partnern aus dem Umfeld der Schulen, des Schulträgers sowie auf die Mitwirkung der Eltern und Fördervereine. Es handelt sich um ein Kontakt-, Begegnungs- und Betreuungsprogramm, das dem Integrationsauftrag der Förderschulen Rechnung trägt. Viele Förderschulen mit Ergänzenden Angeboten bieten auf diese Weise ein flexibles und bedarfsorientiertes ganztägiges Betreuungsangebot an. Derzeit nehmen rund 132 von 281 Förderschulen am Programm „Ergänzende Angebote“ teil.

6. inwieweit sie beabsichtigt, auch an beruflichen Vollzeitschulen, an denen ein Bedarf besteht, die Einrichtung von Ganztagsschulen mit zusätzlichen Lehrerstellen zu genehmigen;

Das Landesprogramm (vgl. Ziffer I. Nr. 3) sieht die Einrichtung von Ganztagsschulen an öffentlichen allgemein bildenden Schulen in der Grundschule sowie in der Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen vor. Berufliche Schulen werden lt. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 23. November 1994 nicht dem Sekundarbereich I zugeordnet. Die Landesregierung beabsichtigt mit Blick auf den o. g. Beschluss der Kultusministerkonferenz derzeit nicht das Ganztagsschulprogramm auf die beruflichen Schulen auszuweiten.

In den Schuljahren 2004/2005 bis 2007/2008 führte das Kultusministerium das ESF-Projekt Ganztagsförderung für Schülerinnen und Schüler ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen durch. Seit dem Schuljahr 2008/2009 wurde das Projekt auf weitere Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf ausgeweitet. In diesem Projekt Ganztagsförderung für benachteiligte Schülerinnen und Schüler werden Jugendliche gefördert, die im Anschluss an die allgemein bildende Schule, insbesondere die Hauptschule oder die Förderschule, keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und keine weiterführende Schule besuchen können und deshalb das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) oder eine Förderberufsfachschule besuchen. Des Weiteren gehören Schülerinnen und Schüler der Kooperationsklassen Hauptschule – BVJ und Förderschule – BVJ zur Zielgruppe des Projektes. Das Projekt richtet sich damit an Schülerinnen und Schüler, bei denen der Übergang von der Schule in den Beruf besonders schwierig ist. Es handelt sich insbesondere um Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, um Schülerinnen und Schüler mit Sprachdefiziten oder besonderen Leistungs- und Motivationsproblemen, Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher sowie um Schülerinnen und Schüler mit besonderen Defiziten in Sozialkompetenz.

Mit dem Projekt sollen die Ausbildungsreife und die Chancen auf berufliche und gesellschaftliche Integration der Zielgruppe verbessert werden. Dazu wird der halbtägige Unterricht im BVJ, BEJ, Förderberufsfachschulen oder Kooperationsklassen zu einer ganztägigen Förderung erweitert. Zum Ausbau der halbtägigen Bildungsgänge zu einer Ganztagsförderung wird der reguläre Unterricht pro Klasse um Lehrerwochenstunden sowie sozialpädagogische Betreuung im Umfang von mindestens 20 % des vollen Beschäftigungsumfanges ergänzt.

7. inwieweit sie beabsichtigt, die Einrichtung von gebundenen Ganztagsschulen auch an Gymnasien und Realschulen zuzulassen und dabei die Anzahl der Lehrerstunden pro Ganztagszug zu erhöhen;

In der (voll) gebundenen Ganztagsschule nehmen alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend am Ganztagsbetrieb der Schule teil. Wenn alle Schülerinnen und Schüler am Ganztagsbetrieb teilnehmen, sind auch Realschulen und Gymnasien im Sekundarbereich I, die als Ganztagsschule nach Landeskonzept genehmigt sind, faktisch eine gebundene Ganztagsschule. Der Begriff „gebundene Ganztagsschule“ ist nicht an die Höhe der Lehrerzuweisung für die Ganztagsangebote gebunden.

Es ist derzeit nicht geplant, die Zuweisung für die Ganztagsangebote an Realschulen und Gymnasien zu erhöhen.

8. welchen weiteren Erkenntnisgewinn sie sich aus der Fortführung der Ganztagsschule als Schulversuch verspricht und welche Voraussetzungen aus ihrer Sicht noch erfüllt werden müssen, bis die Ganztagsschule in Baden-Württemberg in eine gesetzliche Regelform überführt wird;

Eltern bestimmen in eigener Verantwortung, ob die Erziehung und Betreuung ihres Kindes innerhalb oder außerhalb der eigenen Familie erfolgen soll. Ganztagsangebote an Schulen können daher nur ein freiwilliges Angebot für die Eltern und ihre Kinder sein. Die Landesregierung beabsichtigt daher derzeit nicht, Ganztagsschulen im Schulgesetz zu verankern.

II.

1. für alle allgemein bildenden Schularten bis einschließlich der Sekundarstufe I die Einrichtung von offenen oder gebundenen Ganztagsschulen zuzulassen;

Ganztagsschulen in offener Angebotsform können in allen Schularten der allgemein bildenden Schulen bis einschließlich der Sekundarstufe I eingerichtet werden. Entsprechend dem Bedarf vor Ort können die Schulen den Ganztagsbetrieb in einzelnen Zügen, Klassenstufen, mehreren Klassen oder auch für alle Klassen der Schule einrichten. Ergänzend wird auf Ziffer I. Nr. 7 verwiesen.

2. die Anzahl der Lehrerstunden für die Ganztagsschulen pro Ganztagszug so zu erhöhen, dass für Förderung, Vertiefung und Erweiterung des Lernstoffs sowie für die Hausaufgabenunterstützung und für Selbstlernphasen genügend Lehrerstunden zur Verfügung stehen; dabei den Schulen die Möglichkeit einzuräumen, diese Stunden in Form eines Personalbudgets zu erhalten;

Das Land unterstützt die genehmigten Ganztagsschulen mit einer zusätzlichen Lehrerzuweisung. Es ist geplant, im Endausbau (Schuljahr 2014/15) für die Ganztagsangebote rund 1.800 Deputate bereitzustellen. In der Ganztagsschule soll die Arbeit hauptamtlicher Lehrkräfte durch Angebote außerschulischer Kooperationspartner wie beispielsweise Jugendbegleiter, Vereine, Jugendhilfe ergänzt werden, sodass die Schule ihren Schülerinnen und Schülern ein vielfältiges und differenziertes Ganztagsangebot ermöglichen kann.

Die Genehmigung einer Schule als Ganztagsschule nach Landeskonzept erfolgt auf der Grundlage eines von der Schule vorgelegten pädagogischen Konzepts, das mit den zur Verfügung stehenden Lehrerwochenstunden umgesetzt werden kann. Wie unter Ziffer I. Nr. 4 dargelegt, erfolgt der Ausbau der Ganztagsschulen nach Landeskonzept in dieser Legislaturperiode aus den rechnerisch aus dem Schülerrückgang frei werdenden Lehrerstellen. Zusätzliche Lehrerwochenstunden für eine erhöhte Zuweisung an Ganztagsschulen sind nicht in den Bedarfsberechnungen des Kultusministeriums berücksichtigt und stehen nach derzeitiger Beschlusslage nicht zur Verfügung.

Dem Kultusministerium ist es ein großes Anliegen, dass den Schulen ein eigenes Personalbudget zur Verfügung gestellt wird. Bei den Beratungen des Entwurfs des Staatshaushaltsplans 2009 wurde beschlossen, zur Umsetzung der Qualitätsoffensive Bildung ein Konzept zur Personalausgabenbudgetierung im Rahmen des § 6 b Staatshaushaltsgesetz und unter Berücksichtigung der Situation an Schulen zu entwickeln, das den Schulen die Möglichkeit gibt, einen Teil der ihnen zugewiesenen Lehrerwochenstunden in Haushaltsmittel umzuwandeln. Im Rahmen des noch zu entwickelnden Konzepts werden auch die Ganztagesschulen an der Personalausgabenbudgetierung teilnehmen können.

3. neben dem ehrenamtlichen Jugendbegleiterprogramm ein Lehrbeauftragtenbudget aufzulegen, aus dem die Ganztagsschulen kostendeckende Honorare für besondere Bildungsangebote finanzieren können;

Für das Lehrbeauftragtenprogramm sind im Haushalt 2009 bei Kap. 0436 Titel 427 23 insgesamt 3,0 Mio. € vorgesehen, die den Regierungspräsidien zur selbstständigen Bewirtschaftung zugewiesen werden.

Lehraufträge können derzeit im Bereich der freiwilligen Unterrichtsangebote an öffentlichen Schulen im Umfang von bis zu acht Wochenstunden durch

die Schulleitungen im Rahmen der verfügbaren Mittel vergeben werden. Erfahrungsgemäß kommen Lehrbeauftragte für folgende unterrichtliche Veranstaltungen in Betracht:

– Arbeitsgemeinschaften (z. B. Schultheater, Sport, Computer, Sprachen)
– Chor, Orchester und Instrumentalgruppen
– Stütz- und Förderkurse
– Einzelprojekte wie etwa Vorbereitung und Durchführung einer Theateraufführung, Workshop „Ballett“, Kurs über Graphik, PC-Software oder Sport.

In diesem Rahmen können Lehrbeauftragte auch für die pädagogische Ausgestaltung der Ganztagsschulen eingesetzt werden. Nicht verwendet werden kann das Lehrbeauftragtenprogramm für reine Betreuungsmaßnahmen ohne Unterrichtsangebot.

Das Lehrbeauftragtenprogramm kann auf verschiedenste Arten in Anspruch genommen werden: entweder ehrenamtlich, ggf. gegen eine Aufwandsentschädigung von 7 € je Unterrichtsstunde, oder gegen Vergütung, wobei hier entweder eine pauschalierte Vergütung in Höhe von 18 € (Grund- und Hauptschulen), 21 € (Real- und Sonderschulen) oder 25 € (Gymnasien und berufliche Schulen) je Unterrichtsstunde oder in Ausnahmefällen auch eine anteilige TV-L-Vergütung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel gewährt werden, Arbeitsverträge im Rahmen des Lehrbeauftragtenprogramms können aus rechtlichen Gründen längstens für die Dauer von zwei Jahren geschlossen werden.

Der Regelfall sind ehrenamtliche Lehraufträge ohne bzw. mit Aufwandsentschädigung. Befristete TV-L-Verträge sehen die Handreichungen nur in den Fällen vor, in denen die Schulleitung nicht auf ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgreifen kann und die Bewerberin bzw. der Bewerber ein Entgelt erwartet.

4. Landeszuschüsse für Schulsozialarbeit zu gewähren, damit die Kommunen für die Einrichtung von Schulsozialarbeit an Ganztagsschulen aller Schularten wirkungsvoll entlastet werden;

Die Jugendsozialarbeit an Schulen leistet ohne Zweifel einen wertvollen Beitrag zur Prävention gegen Arbeitslosigkeit, Gewalt und Sucht. Soziale Benachteiligungen und individuelle Problemlagen junger Menschen können mit Hilfe der Jugendsozialarbeit oft aufgearbeitet werden. Durch die Persönlichkeitsstabilisierung und den Abbau von Konfliktpotenzialen kann letztlich auch der Schulerfolg gesichert werden. Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist damit eine wirksame Ergänzung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule.

Nach der gesetzlichen Regelung in § 13 SGB VIII ist die Jugendsozialarbeit jedoch eine Maßnahme der Jugendhilfe. Damit liegt die grundsätzliche Verantwortung für die Planung, Bereitstellung und Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen bei den Jugendämtern und den kommunalen Gremien. Das Land steht hier nicht in der Finanzierungspflicht. Die Aufgaben des Landes begrenzen sich nach § 82 SGB VIII auf eine Hinwirkungs- und Ausgleichspflicht.

Das Land hat vom Schuljahr 2000/2001 an bis zum Schuljahr 2004/2005 die Jugendsozialarbeit an Förder-, Haupt- und Berufsschulen in sozialen Brennpunkten finanziell unterstützt, um die Etablierung der Jugendsozialarbeit an Schulen voranzubringen. Die Landesförderung war dabei als Anschubhilfe für die kommunalen Jugendhilfeträger gedacht, eine Dauerfinanzierung wurde nie in Aussicht gestellt. Das Förderprogramm des Landes hat maßgeblich

dazu beigetragen, dass die Jugendsozialarbeit an Schulen heute breit im Land verankert ist und zu einem festen Bestandteil kommunaler Jugendhilfeangebote geworden ist. Damit ist der Zweck der Förderung erfüllt. Eine Wiederaufnahme der Landesförderung als eigenständiges Förderprogramm ist nicht vorgesehen. Dies hat die Landesregierung auch in Stellungnahmen zu verschiedenen Landtagsinitiativen zum Ausdruck gebracht (vgl. Antrag des Abg. Christoph Bayer u. a. SPD „Jugendsozialarbeit und weitere Unterstützungsstrukturen im psychosozialen Bereich an den Schulen [Drucksache 14/65] sowie Antrag der Fraktion GRÜNE „Landesförderung für Schulsozialarbeit“ [14/225]).

5. *gemeinsam mit den Kommunalen Landesverbänden die Modalitäten für die Verankerung der Ganztagsschulen im Schulgesetz zu vereinbaren und endlich den größten und längsten Schulversuch in der Bildungsgeschichte des Landes in ein verlässliches Regelangebot zu überführen.*

Es wird auf Ziffer I. Nr. 8 verwiesen.

Rau
Minister für Kultus, Jugend und Sport

Anlage 1

Zahl der Ganztagsschulen im Schuljahr 2007/08 nach Schularten, nach KMK-Definition und darunter Landesdefinition

Schulart Land Regierungsbezirk	Ganztagsschulen in öffentlicher Trägerschaft					
	offen		voll gebunden		teilweise gebunden	
	nach Definition		nach Definition		nach Definition	
	KMK	darunter Land	KMK	darunter Land	KMK	darunter Land
Grundschulen						
Land	**54**	**44**	**46**	**46**	**34**	**33**
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.			46	46		
Reg.bez. S	15	13	14	14	10	10
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.			14	14		
Reg.bez. KA	7	6	14	14	4	4
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.			14	14		
Reg.bez. FR	10	9	7	7	11	11
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.			7	7		
Reg.bez. TÜ	22	16	11	11	9	8
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.			11	11		
Orientierungsstufe						
Land	**1**	**1**				
Reg.bez. S						
Reg.bez. KA						
Reg.bez. FR	1	1				
Reg.bez. TÜ						
Hauptschulen						
Land	**66**	**60**	**112**	**110**	**99**	**98**
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.			110	110		
Reg.bez. S	19	18	56	55	38	38
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.			55	55		
Reg.bez. KA	11	11	27	26	10	10
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.			26	26		
Reg.bez. FR	16	14	10	10	25	25
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.			10	10		
Reg.bez. TÜ	20	17	19	19	26	25
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.			19	19		
Realschulen						
Land	**21**	**20**	**8**	**8**	**3**	**2**
Reg.bez. S	7	7	3	3		
Reg.bez. KA	3	3	2	2	1	1
Reg.bez. FR	7	7				
Reg.bez. TÜ	4	3	3	3	2	1

Schulart Land Regierungsbezirk	Ganztagsschulen in öffentlicher Trägerschaft					
	offen		voll gebunden		teilweise gebunden	
	nach Definition		nach Definition		nach Definition	
	KMK	darunter Land	KMK	darunter Land	KMK	darunter Land
Gymnasien						
Land	**59**	**19**	**5**	**5**	**9**	**3**
Reg.bez. S	24	5	3	3	1	1
Reg.bez. KA	20	10	2	2	2	
Reg.bez. FR	7	1			2	
Reg.bez. TÜ	8	3			4	2
Schulen bes. Art						
Land			**3**	**3**		
Reg.bez. S						
Reg.bez. KA			2	2		
Reg.bez. FR			1	1		
Reg.bez. TÜ						
Sonderschulen						
Land	**12**	**2**	**136**	**4**	**16**	**7**
Reg.bez. S	4	2	53	3	11	4
Reg.bez. KA	3		31		1	1
Reg.bez. FR	1		32		2	1
Reg.bez. TÜ	4		20	1	2	1

Zahl der Ganztagsschulen im Schuljahr 2007/08 nach Schularten, nach KMK-Definition

Schulart Land Regierungsbezirk	Ganztagsschulen in privater Trägerschaft nach Definition KMK
Grundschulen	
Land	**12**
Reg.bez. S	2
Reg.bez. KA	2
Reg.bez. FR	3
Reg.bez. TÜ	5
Hauptschulen	
Land	**7**
Reg.bez. S	1
Reg.bez. KA	0
Reg.bez. FR	2
Reg.bez. TÜ	4
Realschulen	
Land	**14**
Reg.bez. S	4
Reg.bez. KA	3
Reg.bez. FR	5
Reg.bez. TÜ	2
Gymnasien	
Land	**35**
Reg.bez. S	10
Reg.bez. KA	10
Reg.bez. FR	8
Reg.bez. TÜ	7
Sonderschulen	
Land	**100**
Reg.bez. S	27
Reg.bez. KA	21
Reg.bez. FR	27
Reg.bez. TÜ	25
Fr. Waldorfschulen	
Land	
Reg.bez. S	**9**
Reg.bez. KA	4
Reg.bez. FR	1
Reg.bez. TÜ	4

Anlage 2

Zahl der Schüler (absolut und in Prozent der Gesamtschülerzahl der Schulart) an Ganztagsschulen im Schuljahr 2007/08 nach Schularten, nach KMK-Definition und darunter Landesdefinition

Schulart / Land / Regierungsbezirk	Gesamtschülerzahl Land	Schüler an Ganztagsschulen in öffentlicher Trägerschaft											
		offen				voll gebunden				teilweise gebunden			
		nach Definition				nach Definition				nach Definition			
		KMK		darunter Land		KMK		darunter Land		KMK		darunter Land	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Grundschulen													
Land	**428.822**	**12.621**	**2,9**	**9.982**	**2,3**	**11.563**	**2,7**	**11.563**	**2,7**	**8.028**	**1,9**	**7.893**	**1,8**
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.	11.563					11.563	100,0	11.563	100,0				
Reg.bez. S	160.891	4.112	2,6	3.309	2,1	3.468	2,2	3.468	2,2	2.236	1,4	2.236	1,4
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.	3.468					3.468	100,0	3.468	100,0				
Reg.bez. KA	104.544	1.909	1,8	1.429	1,4	3.799	3,6	3.799	3,6	692	0,7	692	0,7
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.	3.799					3.799	100,0	3.799	100,0				
Reg.bez. FR	88.310	2.025	2,3	1.930	2,2	1.842	2,1	1.842	2,1	2.698	3,1	2.698	3,1
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.	1.842					1.842	100,0	1.842	100,0				
Reg.bez. TÜ	74.077	4.575	6,2	3.314	4,5	2.454	3,3	2.454	3,3	2.402	3,2	2.267	3,1
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.	2.454					2.454	100,0	2.454	100,0				
Orientierungsstufe													
Land	**416**	**416**	**100,0**	**416**	**100,0**								
Reg.bez. S													
Reg.bez. KA													
Reg.bez. FR	416	416	100,0	416	100,0								
Reg.bez. TÜ													
Hauptschulen													
Land	**168.515**	**11.836**	**7,0**	**10.927**	**6,5**	**23.770**	**14,1**	**23.383**	**13,9**	**22.039**	**13,1**	**21.972**	**13,0**
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.	23.383					23.383	100,0	23.383	100,0				
Reg.bez. S	61.455	3.797	6,2	3.529	5,7	12.632	20,6	12.366	20,1	9.319	15,2	9.319	15,2
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.	12.366					12.366	100,0	12.366	100,0				
Reg.bez. KA	39.745	1.642	4,1	1.642	4,1	5.247	13,2	5.126	12,9	2.388	6,0	2.388	6,0
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.	5.126					5.126	100,0	5.126	100,0				
Reg.bez. FR	37.213	2.475	6,7	2.299	6,2	2.109	5,7	2.109	5,7	5.456	14,7	5.456	14,7
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.	2.109					2.109	100,0	2.109	100,0				
Reg.bez. TÜ	30.102	3.922	13,0	3.502	11,6	3.782	12,6	3.782	12,6	4.876	16,2	4.809	16,0
darunter bes.päd./ soziale Aufgabenst.	3.782					3.782	100,0	3.782	100,0				

Zahl der Schüler (absolut und in Prozent der Gesamtschülerzahl der Schulart) an Ganztagsschulen im Schuljahr 2007/08 nach Schularten, nach KMK-Definition und darunter Landesdefinition

Schulart Land Regierungsbezirk	Gesamt-schüler-zahl Land	Schüler an Ganztagsschulen in öffentlicher Trägerschaft											
		offen				voll gebunden				teilweise gebunden			
		nach Definition				nach Definition				nach Definition			
		KMK		darunter Land		KMK		darunter Land		KMK		darunter Land	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Realschulen													
Land	**233.030**	**11.445**	**4,9**	**11.250**	**4,8**	**4.541**	**1,9**	**4.541**	**1,9**	**1.314**	0,6	**1.164**	**0,5**
Reg.bez. S	91.779	3.542	3,9	3.542	3,9	1.741	1,9	1.741	1,9				
Reg.bez. KA	52.894	1.882	3,6	1.882	3,6	1.007	1,9	1.007	1,9	540	1,0	540	1,0
Reg.bez. FR	47.796	3.869	8,1	3.869	8,1								
Reg.bez. TÜ	40.561	2.152	5,3	1.957	4,8	1.793	4,4	1.793	4,4	774	1,9	624	1,5
Gymnasien													
Land	**307.858**	**35.128**	**11,4**	**11.315**	**3,7**	**2.682**	**0,9**	**2.682**	**0,9**	**3.440**	1,1	**1.358**	**0,4**
Reg.bez. S	119.682	13.156	11,0	3.110	2,6	1.242	1,0	1.242	1,0	105	0,1	105	0,1
Reg.bez. KA	75.889	13.117	17,3	5.698	7,5	1.440	1,9	1.440	1,9	711	0,9		
Reg.bez. FR	58.822	4.524	7,7	820	1,4					1.055	1,8		
Reg.bez. TÜ	53.465	4.332	8,1	1.687	3,2					1.569	2,9	1.253	2,3
Schulen bes. Art													
Land	**4.659**					**3.902**	**83,8**	**3.902**	**83,8**				
Reg.bez. S													
Reg.bez. KA	3.039					2.794	91,9	2.794	91,9				
Reg.bez. FR	1.204					1.108	92,0	1.108	92,0				
Reg.bez. TÜ													
Sonderschulen													
Land	**39.864**	**1.314**	**3,3**	**232**	**0,6**	**15.374**	**38,6**	**487**	**1,2**	**1.432**	**3,6**	**480**	**1,2**
Reg.bez. S	15.013	300	2,0	133	0,9	6.624	44,1	392	2,6	1.022	6,8	299	2,0
Reg.bez. KA	9.911	555	5,6	99	1,0	3.881	39,2						
Reg.bez. FR	8.771	162	1,8			3.095	35,3			226	2,6	105	1,2
Reg.bez. TÜ	6.169	297	4,8			1.774	28,8	95	1,5	184	3,0	76	1,2

Zahl der Schüler (absolut und in Prozent der Gesamtschülerzahl der Schulart) an Ganztagsschulen im Schuljahr 2007/08 nach Schularten, nach KMK-Definition

Schulart Land Regierungsbezirk	Schüler an Ganztagsschulen in privater Trägerschaft in voll gebundener Form		
	Gesamtschülerzahl	nach Definition KMK	
		absolut	%
Grundschulen			
Land	**7.989**	**2.023**	**25,3**
Reg.bez. S	1.892	294	15,5
Reg.bez. KA	1.023	212	20,7
Reg.bez. FR	1.936	100	5,2
Reg.bez. TÜ	3.138	1.417	45,2
Hauptschulen			
Land	**4.460**	**1.583**	**35,5**
Reg.bez. S	503	113	22,5
Reg.bez. KA	376		
Reg.bez. FR	1.566	245	15,6
Reg.bez. TÜ	2.015	1.225	60,8
Realschulen			
Land	**11.804**	**3.365**	**28,5**
Reg.bez. S	3.023	487	16,1
Reg.bez. KA	1.811	675	37,3
Reg.bez. FR	2.761	1.283	46,5
Reg.bez. TÜ	4.209	920	21,9
Gymnasien			
Land	**32.333**	**13.136**	**40,6**
Reg.bez. S	6.601	2.688	40,7
Reg.bez. KA	10.230	3.082	30,1
Reg.bez. FR	8.540	5.076	59,4
Reg.bez. TÜ	6.962	2.290	32,9
Sonderschulen			
Land	**14.305**	**10.843**	**75,8**
Reg.bez. S	3.687	3.030	82,2
Reg.bez. KA	3.417	2.958	86,6
Reg.bez. FR	2.707	1.686	62,3
Reg.bez. TÜ	4.494	3.169	70,5
Fr.Waldorfschulen			
Land	**22.925**	**3.177**	**13,9**
Reg.bez. S	9.455	2.081	22,0
Reg.bez. KA	3.794	181	4,8
Reg.bez. FR	4.881	915	18,7
Reg.bez. TÜ	4.795		

Anlage 3

Eingesetzte Deputate für Ganztagsschulen nach Landeskonzept im Schuljahr 2008/0

Bedarfsfaktoren	Schulart	Deputate
Ausbau Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung	Sonderschulen	5
	Grund- und Hauptschulen	135
	Summe	140
Ausbau Ganztagsschulen in offener Angebotsform	Grund- und Hauptschulen	67
	Realschulen	21,5
	Sonderschulen	1
	Gymnasien	17,5
	Summe	107
Summe		247